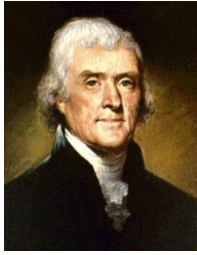


Währung und Verfassung



„Ich glaube, dass Bankunternehmen für unsere Freiheit gefährlicher sind, als die Obrigkeit, die Polizei und die Armee zusammen. Wenn das amerikanische Volk es den Privatbanken je erlaubt, die Ausgabe ihres Geldes zu kontrollieren, zuerst durch Inflation, dann durch Deflation, dann werden die Banken und Konzerne, die um diese Banken heranwachsen, den Menschen ihren ganzen Besitz wegnehmen, bis ihre Kinder obdachlos aufwachsen, auf dem Kontinent, den ihre Vorfäter erobert haben.“

Thomas Jefferson, 1802

Dieser warnende Satz wird dem dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zugeschrieben. Er spiegelt die Gefahr wider, die für einen Staat oder eine Staatengemeinschaft davon ausgehen kann, dass die öffentliche Kapazität, Geld zu erfinden und zu verwerfen privatisiert wird.

Traditionellerweise hatten in vielen Staaten die jeweiligen Zentralbanken die Aufgabe, das öffentliche Geld zu drucken. Geld in Form von Münzen und Scheinen, die anonym von einer Hand in die andere übergehen, im Allgemeinen ohne Spuren zu hinterlassen, und mit denen man sowohl legale als auch illegale Waren kaufen kann.

Seit einiger Zeit jedoch haben zahlreiche Staaten und einige Staatengemeinschaften ihre Kapazität, öffentliches Geld zu erfinden an private Finanzeinheiten übergeben, die das Geld erfinden, es Regierungen leihen, entweder direkt oder über andere Finanzeinheiten. Zu den anschaulichsten Fällen zählen die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrer *Federal Reserve* und die Euro-Zone.

Es besteht die Verpflichtung, dieses geliehene Geld nach einer bestimmten Zeit mit Zinsen zurückzuzahlen, sowohl das Kapital als auch die Zinsen.

Beispiel aus dem Film *Concursante (Teilnehmer)*

Die Zinsen eines Kredits stellen einen Systemfehler dar, der langfristig gesehen dazu führt, dass unvermeidlich zahlungsunfähige Schuldner entstehen.

Das kurze Video (6 Minuten 51 Sekunden), ein Ausschnitt aus dem Film [Concursante \(Teilnehmer\)](#), hilft dabei, das Problem, das ein mit Zinsen zurückzuzahlendes Darlehen darstellt, zu verstehen.

In diesem Video erklärt ein Mann einem anderen am Schachtisch, wie ein Bankier, die schwarze Spielfigur, die einzigen vorhandenen 100 Münzen an zehn Personen verleiht, zehn weiße Spielfiguren, jeweils zehn Münzen pro Person. Jede weiße Spielfigur bietet ihr Vermögen als Garantie für den Kredit an.

Nach einem Jahr fordert der Bankier, die schwarze Spielfigur, von jeder der weißen Spielfiguren das Grundkapital, zehn Münzen, zuzüglich der Zinsen, eine Münze, zurück. Elf Münzen von jeder weißen Spielfigur. Insgesamt: 110 Münzen.

Das Problem besteht darin, dass der Bankier 110 Münzen fordert und nur 100 vorhanden sind. Die schwarze Spielfigur sagt jedoch, dass das kein Problem darstellt. Um alles zu vereinfachen,

fordert der Bankier in diesem Jahr nur eine einzige Münze von jeder weißen Spielfigur zurück.

Nach zehn Jahren hat jede weiße Spielfigur dem Bankier, der schwarzen Spielfigur, die zehn Münzen zurückgezahlt, die sie hatte, jeweils eine Münze pro Jahr. Jede dieser weißen Spielfiguren schuldet jedoch nach wie vor elf Münzen, wenn wir ausschließen, dass die Zinsen kumulativ sind.

Schließlich werden die weißen Spielfiguren zu zahlungsunfähigen Schuldnern, und die als Garantie gebotenen Güter gehen in den Besitz des Bankiers über.

Staaten und verzinsliche Schulden

Unternehmen sind gewinnorientiert und erzielen im Idealfall einen Gewinn, der es ihnen ermöglicht, die bei den Finanzeinheiten aufgenommenen Schulden zurückzuzahlen.

Es gilt jedoch zu beachten, dass Staaten keine gewinnorientierten Unternehmen sind, die Gewinn erzielen, sondern dass sie dieses Geld einsetzen, um Ressourcen zu kaufen, Infrastrukturen zu bauen und öffentliche Dienste anzubieten. Aus diesem Grund können sie nicht nur das geliehene Geld, sondern auch das Grundkapital nicht zurückzahlen.

Das erklärt, warum die Verschuldung in den Staaten, in denen die Fähigkeit öffentliches Geld zu erfinden privatisiert ist, die Verschuldung jedes Jahr zunimmt. Früher oder später fordern die Kreditgeber die Zahlung der angehäuften Schulden, und der betreffende Staat muss die Zinsen erhöhen, Budgetkürzungen vornehmen, sich verkaufen und seine Infrastrukturen, sein Gesundheits- und Bildungswesen, Dienstleistungen und staatliche Renten privatisieren lassen.

Die steuerliche und schuldenbezogene Uneinigkeit in Europa

Joan Casals, der ehemalige Präsident der PIMEC (*Pequeña y Mediana Empresa de Cataluña*: kleine und mittlere Unternehmen Kataloniens), hat am 16. Juli 1997 in der katalanischen Tageszeitung *Avui* einen Artikel mit dem Titel [*La desunió fiscal europea \(Die europäische Nicht-Fiskalunion\)*](#) veröffentlicht.

In diesem Artikel warnt er vor der Gefahr einer Währungsunion in Europa ohne Steuerunion. Eine Steuerunion hätte zu einem finanziellen Ausgleich zwischen den produktiveren und den weniger produktiven Staaten geführt, wie es in den Vereinigten Staaten von Amerika der Fall ist. Ohne diese Steuerunion sind weniger produktive Staaten wie Griechenland aufgrund ihrer Schuldenanhäufung in Konkurs gegangen und haben drastische Haushaltskürzungen vorgenommen.

Der Wirtschaftsexperte und Informatiker [Martin Armstrong](#), der von den europäischen Behörden bezüglich der Einführung des Euro befragt wurde, empfahl auch, dass zusätzlich zur Union der öffentlichen Schulden der verschiedenen Staaten im Rahmen einer gemeinschaftlichen europäischen Schuld eine Steuerunion durchgeführt werden sollte. Beide Maßnahmen wurden abgelehnt.

Der spanische Staat

Der spanische Staat verfügte bis 1998 mit der Pesete über seine eigene Fähigkeit, öffentliche Gelder zu erfinden ohne Schulden zu generieren. Zu diesem Zeitpunkt unterzeichnete José María Aznar mit Rodrigo Rato und Mariano Rajoy als Vizepräsidenten die Übertragung dieser Fähigkeit, die damals in den Händen der *Banco de España* lag, an die Europäische Zentralbank, im Rahmen der neuen, gemeinschaftlichen europäischen Währung.

Am 1. Januar 2002 gestattete die Europäische Zentralbank die Ausgabe von Euro in Form von

Kredit, die sie von privaten Finanzinstitutionen erhielt. Theoretisch müssen diese Euro mit Zinsen zurückgezahlt werden. In der Praxis ist die Zurückzahlung dieser Euro unmöglich.

Wenn ein Kredit abgeschlossen wird, verfügt der Schuldner zunächst über Geld, das er ausgeben kann, und es scheint genügend Geld auf dem Markt vorhanden zu sein und die Wirtschaft scheint zu blühen. Wenn die Kreditlaufzeit jedoch endet und der Kredit mit Zinsen zurückgezahlt werden muss, dann beginnen die Einschränkungen und die Misere. Das sagt der zu Beginn zitierte Satz von Thomas Jefferson aus, und genau das ist der spanischen Wirtschaft mit der anfänglichen Erweiterung der Immobilienhypotheken und der nachfolgenden Krise passiert.

Die verschiedenen spanischen Regierungen mussten Budgetkürzungen vornehmen und die autonomen und städtischen Verwaltungen zu demselben Schritt zwingen. Der öffentliche Rentenfonds hat durch aufeinander folgende Aufnahmen von Staatsschulden um 200 Milliarden Euro abgenommen. Mit diesen Einnahmen, die das Ergebnis des Kaufs von Staatsanleihen darstellen, und dem Kauf von Staatsanleihen von Seiten der Finanzeinheiten erreicht die Landesregierung den Ausgleich ihres Budgets. Bislang.

Die Debatte über eine neue katalanische Verfassung

Ein Urteil des spanischen Verfassungsgerichts bezüglich des Reformprojekts des Autonomiestatus Kataloniens, das mithilfe einer intensiven Beteiligung der katalanischen Bevölkerung gestaltet wurde, hat dieser autonomen Region zahlreiche Kompetenzen und Zuständigkeiten gestrichen, die in diesem Gesetzentwurf erneut wieder aufgenommen werden sollten - Kompetenzen und Zuständigkeiten, die eben dieser Gerichtshof in den Projekten zur Änderung des Status anderer autonomer Regionen Spaniens nicht gestrichen hat.

Dies hat bei einem Großteil der katalanischen Bevölkerung den Wunsch geweckt, die vor einigen Jahrhunderten verlorenen nationalen Freiheiten wiederzuerlangen, einen neuen Staat zu gründen und folglich eine neue Verfassung auszuarbeiten. Zu den Argumenten, die dafür sprechen, zählt die Notwendigkeit, die katalanische Wirtschaft sanieren, die ein chronisches Jahresdefizit in den Steuersalden mit dem spanischen Staat aufweist.

Es sind einige Initiativen zur Verfassungsdebatte aufgekommen, eine davon wurde von dem Richter Santiago Vidal (<https://www.unanovaconstitucio.cat>) koordiniert. In seinem ursprünglichen Projekt zu den Artikeln schlägt er in Bezug auf die Währung den folgenden Artikel vor:

Artikel 89. Die Währung und die Banco Central de Catalunya (Zentralbank Kataloniens)

- 1. Der Euro ist das gesetzliche Zahlungsmittel im gesamten katalanischen Staat.*
- 2. Die Ausgabe von Münzen und Banknoten unterliegt der ausschließlichen Zuständigkeit der Zentralbank der Republik, gemäß den von der Europäischen Zentralbank festgelegten Kriterien und Grenzen.*
- 3. Der ständige Sitz der BCC ist die Stadt Barcelona.*

Wenn man weiß, dass der Euro eine Währung ist, die anhand einer verzinslichen Schuld geschaffen wird, die nicht zurückgezahlt werden kann, und wenn man weiß, wie schwierig es ist, dieses Merkmal innerhalb der europäischen Institutionen zu ändern, **kann die langfristige Konsequenz der Übernahme dieses Artikels 89, in seinen Absätzen 1 und 2, in einem hypothetischen neuen katalanischen Staat den Ruin desselben und seiner Gesellschaft darstellen.** Der spanische Staat und die gesamte spanische Gesellschaft können dieselben Konsequenzen erleiden, wenn sie so fortfahren.

In diesem Sinn ist es wesentlich besser, wenn der Verfassungsentwurf für einen neuen Staat dessen Währungssystem überhaupt nicht erwähnt, und er seinen staatlichen Institutionen und seinem Volk die Freiheit überlässt, andere, idealere Lösungen anzunehmen, anstatt eine einzige Währungsart vorzuschreiben, die auf einer verzinlichen Schuld beruht. Das ist bei dem ersten Entwurf eines anderen katalanischen Verfassungsprojekts der Fall, über das derzeit im Internet debattiert wird (<http://www.constitucio.cat>). Ein Juristenteam erarbeitet ein Projekt, (<http://www.reiniciacatalunya.cat>) in dem sich Beiträge der existierenden Verfassungsprojekte vereinen, Vorschläge aus anderen Bereichen zusammengetragen werden und unterschiedliche Meinungen des Volkes berücksichtigt werden.

Was für das Verfassungsprojekt eines hypothetischen katalanischen Staates gilt, dient auch jedem anderen Verfassungsprojekt jedes anderen Staates.

Komplementäre Währungen, Gemeinschaftswährungen und lokale Währungen

Jordi Grier, Wirtschaftsingenieur und Mitbegründer des *Instituto de Moneda Social*, setzt uns in einigen seiner Konferenzen, wie zum Beispiel *La moneda, la gran desconeguda* (Die Währung, die große Unbekannte) am 2. August 2013 in Figueres und *La moneda social* (Die soziale Währung) im Juni 2014 in Castellnou del Bages darüber in Kenntnis, dass es nominative Gemeinschaftswährungen gibt, welche die lokale Wirtschaft beleben. In der Schweiz beispielsweise gibt es seit 80 Jahren die komplementäre Währung *Wir*, die für 60 000 Unternehmen dieses Landes erfolgreich funktioniert, gemäß einer Dokumentarsendung der RAI mit einem Volumen von drei Milliarden Euro. Diese Gemeinschaftswährung bietet auf dem Markt verfügbares Geld, ohne dass der Geldfluss sich auf aufeinander folgende Anleihen beschränkt, die mit Zinsen zurückzuzahlen sind.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass die großen Banken üblicherweise 98 % des Geldes, das die Anleger in Werte mit hoher Rentabilität investieren, wie beispielsweise Spekulation in Devisen, Erdöl und Erdölzeugnisse, Waffen usw. Nur 2 % werden auf demselben Markt investiert, von dem dieses Geld stammt. Dies führt dazu, dass der lokale Markt unter einer starken Desinvestition leidet. Die Verantwortlichkeit hierfür liegt nicht so sehr bei den Banken, sondern bei den Anlegern selbst, die diese hohen Rendite fordern.

Aus diesen Gründen erleiden Produktionswirtschaft und Konsum einen großen Kapitalmangel (*Deflation*). In der spekulativen Wirtschaft wiederum ist dieses Kapital reichlich vorhanden (*Inflation*). Dies wird als *Stagflation* bezeichnet.

Der Geldfluss einer Gemeinschaftswährung dagegen bleibt in vollem Umfang erhalten, ohne Verlust auf dem Markt, auf dem er stattfindet. Bei *Wir* handelt es sich um eine antizyklische Aktivität: Bei Flaute nimmt der Geldfluss zu, bei Wohlstand nimmt er ab und mildert so die Kriseneffekte.

Nominative Währungen

Ursprünglich gab es eine nominative Währung. Gemäß dem von der Archäologin Denise Schmandt-Besserat verfassten Artikel *El primer antecedente de la escritura (Vom Ursprung der Schrift)*, der im August 1978 in der Zeitschrift *Investigación y ciencia* veröffentlicht wurde, beruhte die Wirtschaft der Bankentempel der Städte-Imperien in Sumer von 8000 bis 2300 v. Chr. auf laufenden Konten aus Tonsteinen, die gelocht und mit Schnüren zusammengebunden sind, Lieferscheinen in Form von Tonkugeln mit Steinen im Inneren und Verträgen mit Rechnungs-Schecks mit Tontafeln. Die Einführung fiel mit einem zunehmend friedlichen Zeitalter zusammen.

Anonyme Währungen gibt es seit etwa 4300 Jahren. Ihre Entstehung fällt mit dem Beginn der ersten Imperialismen zusammen. Zusammen mit den Scheinen ermöglichen sie den Erwerb rechtmäßiger Waren wie beispielsweise Essen oder Kleidung und auch nicht gesetzlicher Waren, beispielsweise den Ruf einer Person. Es handelt sich um den wichtigsten Bestandteil der Korruption der Gesellschaft.

Nominatives elektronisches Geld kann schneller bewegt werden. Es kann Spuren hinterlassen und folglich einen gesetzlich gültigen Nachweis darstellen. Diese Eigenschaft fördert Ethik und Verantwortlichkeit. Sie ermöglicht eine transparentere Wirtschaft, in der jeder Akteur die Daten des gesamten Marktes unter denselben Bedingungen kennen kann.

Die Gemeinschaftswährung *Wir* in der Schweiz sowie auch andere Gemeinschaftswährungen wie beispielsweise die *Turuta* in Vilanova y la Geltrú in Katalonien sind nominative Gemeinschaftswährungen, Alternativen zu den offiziellen Währungen. Sie fördern die lokale Wirtschaft, die Transparenz von Austausch und die Beschränkung auf die Verwendung rechtmäßiger Waren und Dienstleistungen. Somit bremsen sie die Korruption.

Es ist offensichtlich, dass die Verfassung eines Staates diese Erfahrungen nicht verhindern darf, wenn die Verarmung seiner Gesellschaft vermieden werden soll.

Zinsfreies Bankwesen

Zwei in diesem Sinne bahnbrechende Bankinitiativen sind entstanden, um den Systemfehler der Kreditzinsen zu beheben. Einerseits der schwedische *Jak* und andererseits die [islamische Bank](#). Beide Ansätze des zinsfreien Social Banking sind hervorragende Beispiele für eine praktikable Alternative, sowohl für die Privatbanken als auch für das System selbst.

Das Allgemeine System

Agustí Chalaux (1911-2006) und Lluís Maria Xirinacs (1932-2007) haben zusammen mit anderen Mitarbeitern das Allgemeine System ausgearbeitet. Ein politisches, wirtschaftliches und soziales Modell, welches das ausschließliche Vorkommen von nominativem Geld vorschlägt. Im Rahmen seines Vereins hat das *Centre d'Estudis Joan Bardina (Joan Bardina Studienzentrum)* ein erstes Buch verfasst mit dem Titel [Tercera Via \(Der dritte Weg, auf Katalanisch\)](#), das dreißig Jahre lang nicht herausgegeben wurde, jedoch anderen, früher verlegten Werken als Inspiration diente, wie beispielsweise [Una eina per construir la pau \(Ein Werkzeug, um den Frieden zu errichten\)](#), [Ensayo sobre moneda, mercado y sociedad \(Essay über Währung, Markt und Gesellschaft\)](#), [Moneda telemática y estrategia de mercado \(Telematische Währung und Marktstrategie\)](#) und [Decretos ley para una constitución del siglo XXI \(Gesetzesdekrete für eine Verfassung im 21. Jahrhundert\)](#).

Innerhalb des Allgemeinen Systems zählt das Generieren von öffentlichem Geld zum Eigentum der Gemeinschaft, wobei die Verantwortung der öffentlichen Verwaltung, den Gemeinden, dem Staat oder der Staatengemeinschaft mit eigener Währung zukommt.

Die Vorzüge von Ethik, Transparenz und Verantwortlichkeit werden durch eine nominative Währung gefördert, die einen gesetzlich gültigen Nachweis jedes Austauschs bietet und eine präzise Kenntnis der statistischen Daten des gesamten Marktes ermöglichen. Die Planer und Gelehrten der Wirtschaft können sehen, wie diese Disziplin sich in eine wahre Wissenschaft verwandelt. Steuerbetrug gestaltet sich schwieriger, und die Steuern können anhand von einer Gebühr je Transaktion und einer Bodensteuer sinken, die eine nicht aggressive Kommunalisierung ermöglicht.

Als Konsequenz der nominativen Währung ergibt sich die Einrichtung eines universellen Grundeinkommens. Zu Beginn forderte das Allgemeine System einen Soziallohn ausschließlich für Personen, die keine anderen Einkünfte hatten. Gelehrte des Grundeinkommens wiesen jedoch darauf hin, dass der Soziallohn eine positive Diskriminierung darstellt, welche die Arbeitslosigkeit fördert, während ein universelles Grundeinkommen, das geringer ausfällt, jedoch allen angeboten wird und mit allen anderen Einkünften kompatibel ist, die Zunahme bezahlter Arbeit fördert. Alle werden zu Konsumenten, die Verkäufer können ihre Produkte und Dienstleistungen absetzen und auch mehr Arbeit anbieten. So wird die materielle Misere beseitigt.

Die Kombination der Maßnahmen nominatives Geld und Grundeinkommen lässt die Kriminalität in Zusammenhang mit Geld, welche üblicherweise die Gefängnisse bevölkert, drastisch sinken, da das nominative Geld die Gelegenheit zur Delinquenz erschwert, während das Grundeinkommen die Notwendigkeit der Delinquenz reduziert.

Im Rahmen des Allgemeinen Systems verfügt die Justiz über die elektronischen monetären Telekommunikationsnetze. Sie ist vollkommen unabhängig von der Exekutiven und der Legislativen des Staates und verwaltet einen festen Anteil des ordentlichen und außerordentlichen Budgets. Eine unabhängige Justiz mit ausreichend Personal und Material ermöglicht die schnellstmögliche Lösung von Konflikten, die innerhalb einer Gesellschaft auftreten können, ohne die erforderlichen Verfahrensgarantien zu verlieren. Dadurch widerstehen Richter und Gerichte besser der Versuchung der Bestechung.

Chaloux und Xirinacs haben eine Hypothese der Arbeit dargelegt, die nur innerhalb einer wissenschaftlichen Wirtschaft bewiesen werden kann, welche sich auf nominatives Geld gründet, über die mögliche Existenz eines [Der Gemeinschaftliche Kapitalismus](#) oder das allgemeine Wohl. Ein versteckter Reichtum, erzeugt durch die Erfindungen, die keine Patentrechte erhalten, könnte bei Überprüfung das Erfinden des Geldes ermöglichen, das zur Deckung der öffentlichen Ausgaben erforderlich ist, wodurch die Steuern auf das Minimum ökonomischer Vorsicht reduziert würden.

Im Rahmen der Verfassung eines Staates stellen die Ansätze des Allgemeinen Systems das Fundament eines echten Rechtsstaates sowie die Gelegenheit für eine gerechtere Gesellschaft dar. Ihre schrittweise Einführung in die verschiedenen Staaten der Welt kann auch die zunehmende Friedensschaffung der gesamten Menschheit auf allen Ebenen fördern.

Team des *Centre d'Estudis Joan Bardina* (*Joan Bardina Studienzentrum*).

Mittwoch, den 11. November 2015.

Deutsche Übersetzung: Maja Zoll.

Original-Links:

<http://bardina.org/nw/escrits/wahrung-und-verfassung-de.htm>

<http://bardina.org/nw/escrits/wahrung-und-verfassung-de.pdf>

Original-Webseite:

<http://bardina.org>